

Berlin, Freitag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Abonnements-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn; für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika etc. Kreuzband-SENDUNG 20 Mk. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Ammel in Strassburg I. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C., Cowie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Abonnements werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 12. Juni 1891.

Als Gratis-Beilagen erscheinen Submissions-Anzeiger, Hôtels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Ziehunglisten der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclametheil 80 Pf., die ganze Seite 200 Mk.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Inhalts-Verzeichniss.

Table with 4 columns: Hauptblatt, Grube Leopold, Stifts-Brauerei Aktien-Gesellschaft, Bochumer Steuereinschätzungs-Process, etc.

Hierzu als II. Beilage: Deutsches Banquier-Buch. Bogen 21.

Telegraphische Depeschen.

Essen a. G. Ruhr, 12. Juni. (C. T. C.) Steuerprocess. In der heutigen Sitzung beantragte der Staatsanwalt gegen den Chefredacteur Fusangel 2 Jahre und gegen den Redacteur Lunemann 1 Jahr Gefängnis.

München, 12. Juni. (C. T. C.) Prinz Ludwig Ferdinand ist zum Generalleutnant befördert worden.

Wien, 11. Juni. (C. T. C.) Der Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses genehmigte des Finanzgesetz, sowie den von dem Generalreferenten Bilinsky erstatteten Bericht, nach welchem der Ueberschuss 3 798 524 fl. beträgt, während in dem Regierungsentwurf nur 2 285 624 fl. vorgesehen waren. Der Bericht constatirt, dass das Budget ein sehr günstiges sei; unter Hinzurechnung der zur Schuldentilgung zu verwendenden 4 Millionen Gulden betrage der Ueberschuss eigentlich 7 798 524 fl. Im Hinblick auf die voraussichtliche Vermehrung der Ausgaben warnt der Bericht vor übermäßigem Optimismus und weist auf die Nothwendigkeit einer Steuerreform und der Valutaregulierung hin. Bei der Beratung über den Antrag des Abgeordneten Plener betrefis Aufhebung des ausserordentlichen Zuschlages der kleinen Steuerzahler erklärte der Finanzminister, das Budget pro 1891 könne wegen der im nächsten Jahre voraussichtlichen Ausfälle als Massstab für die Finanzen nicht angesehen werden. Im Falle der Annahme des Antrags Plener sei ein weiteres Sinken der Einnahmen um 1 400 000 fl. zu erwarten, was nicht gerechtfertigt wäre. Die Finanz-Verwaltung arbeite an einer Steuerreform und werde hierbei jedenfalls auch die Steuererleichterung der kleinen Gewerbetreibenden in Erwägung ziehen. — Der Volkswirtschafts-Ausschuss hat das Uebereinkommen mit der Lloyd-Gesellschaft unverändert genehmigt. — Die aus der Gefangenschaft der Räuber freigelassenen Passagiere des Orient-Expresszuges sind heute hier angekommen und auf der Nordwestbahn weitergereist.

Wien, 12. Juni. (C. T. C.) Prinz Ferdinand von Coburg ist nach einem Besuch bei seiner Schwester, Erzherzogin Clotilde, in Alcsuth, in Ebnath eingetroffen.

Fern, 12. Juni. (C. T. C.) Der Ständerath hat mit 21 gegen 18 Stimmen den neuen Artikel der Bundesverfassung angenommen, welcher bestimmt, dass dem Bund das Banknotenmonopol zustehet, dass der Bund das Recht zur Ausgabe von Banknoten einer Staatsbank oder einer Centralbank übertragen könne und dass der Reingewinn aus den Geschäften dieser Bank den Cantonen zukomme. Die letztere Bestimmung wurde zu dem von dem Nationalrath am 16. April d. J. beschlossenen Entwurf hinzugefügt. In Folge dieser Abänderung muss der Nationalrath über den Verfassungsartikel nochmals Beschluss fassen.

Fern, 12. Juni. (C. T. C.) Eine dem neuen Zolltarif freundlich gesinnte Versammlung von Mitgliedern der Bundesversammlung beschloss gestern ausser einer in diesem Sinne gehaltenen

Adresse an den Bundesrath auch eine Proclamation an das Schweizer Volk zu Gunsten der Annahme des Zolltarifs zu erlassen. Die Ausführung der Beschlüsse wurde einer Commission übertragen.

Paris, 11. Juni. (C. T. C.) Die Agenten der Chilenischen Congressjunta, welche die Sequestrirung der vom Präsidenten Balmaceda bestellten Schiffe durchgesetzt haben, sind durch Richterspruch gehalten, zwei Millionen Francs als Provision für die Societé des forges et chaufiers, als Erbauerin der Schiffe, in der Bank von Frankreich zu deponiren. — Die Bäckergehilfen fordern die Abschaffung der Placirungsbureaux und drohen, widrigenfalls in acht Tagen zu striken.

Paris, 12. Juni. (Hirsch T. B.) Seit einigen Tagen spricht man hier von Processen, welche gegen die Gouverneure von Senegal und der Französischen Besitzungen in Indien angestrengt werden sollen. Es handelt sich um die im Jahre 1886 erfolgte Ermordung Sandets. — Die „Agence Fournier“ meldet, dass, obschon die Russische Presse der Französischen Ausstellung in Moskau entgegenkomme, der Besuch der Ausstellung doch ein sehr geringer sei. — Grosse Aufregung herrscht unter dem Personal der Passagier-Dampfer auf der Seine. Die Schiffsmannschaften, welche täglich 4/2 Fr. verdienen, verlangen eine Lohnerhöhung und die Bildung eines Syndicats. Die Direction sucht den Leuten entgegen zu kommen. — In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Bäckergehilfen wurde beschlossen, falls nicht binnen acht Tagen sämtliche Stellenvermittlungsbureaux abgeschafft würden, in den Strike einzutreten. — Das „Echo“ meldet, es sei Tripone früher gelungen, an Armstrong 2000 Kilo Französisches Militärpulver zu liefern, welches er vom Kriegsministerium durch falsche Vorpiegelungen erhalten habe.

London, 12. Juni. (C. T. C.) Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ aus Buenos Aires von gestern hätten beide Kammern die Gesetzesvorlage angenommen, wonach ein monatliches Moratorium für alle in Gold und Papier zahlbaren Verbindlichkeiten, ausgenommen die nationalen und localen Steuern, bewilligt wird. Die Zahlungen auf die nationalen Goldcedulas sind bis zum Juni 1892 verschoben worden.

London, 12. Juni. (C. T. C.) Nach einem Telegramm des „Reuterschen Bureaus“ aus Iquique vom 11. ds. habe der Präsident der Republik Chile, Balmaceda, den von dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Santiago vorgeschlagenen Waffenstillstand abgelehnt. Balmaceda habe sich jedoch erboten, die Frage einer Verständigung mit den Insurgenten auf einer von ihm selbst vorgeschlagenen Grundlage in Erwägung zu ziehen; die Congresspartei habe sich samms gewweigert hierauf einzugehen. Nach einer weiteren Meldung hätten mehrere Schiffe der Chilenischen Präsidentenpartei gestern in Tocopilla ihre Mannschaft gelandet, welche die Telegraphenleitungen durchschnitten und sich alsdann wieder einschifften.

Neapel, 11. Juni. (C. T. C.) Aus dem Hauptkrater steigt mit Asche gemengter Rauch empor. Der Lava-Erguss schreitet langsam vorwärts. Im Krater des Vulkans und in der Schwefelgrube von Puzzoli wurden Erdstösse constatirt.

Bukarest, 11. Juni. (C. T. C.) Nachdem der Senat gestern die Adresse mit 63 gegen 4

Stimmen angenommen hatte, wobei der Ministerpräsident und der Finanzminister dafür eingetreten waren, empfing der König die Deputation des Senats, welche die Adresse überreichte. — Die Kammer hat heute mit grosser Majorität den Gesetzentwurf, betreffend die Stellung der Officiere, genehmigt.

Konstantinopel, 12. Juni. (C. T. C.) Gegenüber einem Philippopeler Telegramm in auswärtigen Blättern, in welchem als zweifellos bezeichnet wird, dass die Briganten den Eisenbahnzug im Einverständnis mit der Localbehörde angehalten hätten und ein Functionär aus Tschataldja in dieser Beziehung schwer compromittirt wäre, ist die „Agence de Constantinople“ von kompetenter Seite ermächtigt, diese Nachrichten als Verleumdung zu bezeichnen. Ebenso sei die Meldung unbegründet, dass die Eisenbahn-Direction das Lösegeld bezahlt hätte. Das Lösegeld sei von der Pforte bezahlt worden.

Glasgow, 12. Juni. Vorm. 11 Uhr 5 Min. (C. T. C.) Roheisen. Mixed numbers warrants 47 sh. 3 d.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 12. Juni.

— Abgeordnetenhaus. 102. Sitzung vom 12. Juni, 11 Uhr. Am Ministerische: von Caprivi, von Boetticher, v. Berlepsch, v. Schelling, v. Heyden und Commissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betr. die Gewerbegerichte in der Rheinprovinz.

Handelsminister v. Berlepsch leitet die erste Berathung mit dem Hinweis darauf ein, dass die Staatsregierung mit dieser Vorlage einem vom Reichstage ausgesprochenen Wunsche entspreche, der dahin ginge, dass die Gewerbegerichte da, wo sie sich bewährt haben, erhalten werden sollen. Die Vorlage habe den Zweck, die Rheinischen Gewerbegerichte mit den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1890 in Uebereinstimmung zu bringen.

Abg. Lehmann (Ctr.) ist der Regierung für diese Vorlage dankbar, bittet um sofortige zweite Berathung im Plenum, und stellt den Antrag, die Vorlage en bloc anzunehmen.

Abg. v. Cuny (nl.) spricht sich in demselben Sinne aus und betont, dass die Rheinischen Gewerbegerichte sich seit Anfang dieses Jahrhunderts vollkommen bewährt haben. Auch er empfiehlt unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. Eberhard (cons.) bittet von der commissarischen Berathung der Vorlage abzusehen. Der Gesetzentwurf wird darauf en bloc angenommen und alsdann die Berathung des Antrages der Abg. Rickert u. Gen. wegen Vorlegung des Materials über die verfügbaren Getreidebestände und die Ernteaussichten fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (cons.): Ich habe mich gegen den Antrag einschreiben lassen, ich könnte aber auch ebenso gut für denselben stimmen, denn solche Discussionen tragen dazu bei, den Nutzen der Schutzzölle immer weiter zur Anerkennung zu bringen. Der Antrag hat gar keinen Zweck, nicht die Förderung des Volkswohls und der Volksernährung ist den Antragstellern die Hauptsache, sie haben zwar